

„Das sind Menschen, keine Monster“

Zwischen individueller Therapie und Schutz der Allgemeinheit

Bei der gut besuchten Veranstaltung im Zentrum für Forensische Psychiatrie des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe ging es um das Thema Maßregelvollzug.

VON GUNDA VON FIRCKS

Über 100 Zuhörerinnen und Zuhörer sitzen im großen Saal des Besucherzentrums des LWL-Zentrums für Forensische Psychiatrie in Lippstadt. „Es gab sogar eine Warteliste“, freut sich Stefanie Westermann von der Evangelischen Akademie Villigst über den Zuspruch für die Tagesveranstaltung, bei der es um den Umgang mit psychisch kranken Straftäterinnen und Straftäter geht. Polizeikräfte, Mitarbeitende diakonischer Einrichtungen, Schöffen und Schöffen sitzen im Publikum. Sie alle wollen sich nicht nur räumlich dem Ort und der Arbeit an diesem Ort nähern.

Als Titel auf dem Einladungsflyer steht: „Zwischen individueller Therapie und Schutz der Allgemeinheit“. In diesem Spannungsverhältnis stehen alle Redebeiträge an diesem Vormittag sowie die Führungen durch die Einrichtung und die Gespräche mit Patienten am Nachmittag. Stefanie Westermann, die die Veranstaltung in Verbindung mit dem LWL organisiert hat, beschreibt es einleitend: Menschen, die Straftaten begangen haben, aber als nicht schuldig beurteilt werden, kommen in eine Einrichtung der Forensischen Psychiatrie. Die Behandlung der Patientinnen und Patienten steht im Vordergrund, gleichzeitig soll die Bevölkerung vor möglichen weiteren Straftaten geschützt werden. Drei Fragen werden den Tag be-



Fotos: IKG

Stefanie Westermann (links) von der Evangelischen Akademie Villigst im Gespräch mit dem Referenten Björn Voglauer (LWL-Maßregelvollzugsambulanz Herne) und Janina Telgmann (LWL-Zentrum für Forensische Psychiatrie Lippstadt).

stimmen: Wie kommen Menschen in eine solche Einrichtung? Was wird mit ihnen gemacht? Wie geht es wieder hinaus?

Dass die Unterbringung im Maßregelvollzug ein großer Eingriff in die Persönlichkeitsrechte darstellt und für Richterinnen und Richter mit dem juristisch Anspruchsvollsten ist, betont Volker Talarowski in seinem Eröffnungsvortrag. Der Vor-

sitzende Richter am Landgericht Bochum spricht über das Geflecht von psychischen Erkrankungen, Straftaten und Strafrecht. Zu den Aufgaben des Richters gehört es, zu klären, welche Rolle eine psychische Erkrankung bei einer schweren Straftat gespielt hat, ob es sich vielleicht um einen einmaligen „Ausreißer“ gehandelt hat oder ob weitere, schwere Straftaten zu er-

warten sind. Gutachterinnen und Gutachter helfen dabei, eine mögliche Schuldunfähigkeit festzustellen. Anders als im Strafvollzug gibt es kein festgesetztes Ende der Unterbringung, aber einen steten Überprüfungsprozess, ob der Aufenthalt im Maßregelvollzug noch zu rechtfertigen ist – bezogen auf die Patientin und den Patienten wie auf die zu schützende Allgemeinheit.

Noch mehr „Vorsorgeforensik“ wünscht sich Janina Telgmann vom LWL-Zentrum in ihrer Vorstellung von Betreuungsmaßnahmen nach dem Maßregelvollzug, „damit es kein zweites Mal gibt“. Auch viele erste Male wären nicht nötig, zeigt sich Tilmann Hollweg, Landesrat und LWL-Maßregelvollzugsdezernent, überzeugt, zentral sei es, mehr psychiatrische Vorsorge zu ermöglichen. Die gezielte Behandlung und das Netzwerk der Nachsorge bewirken, dass die Rückfallquote deutlich geringer ist als sonst bei Straftäterinnen und Straftätern, antwortet Hollweg auf eine Frage aus dem Publikum.

Die Forensische Psychiatrie in Lippstadt ist mit ihren 335 Plätzen voll belegt. Es gibt ein Raumproblem, es gibt ein Personalproblem, und es gibt ein Akzeptanzproblem für diese aufwendige Form der Unterbringung, erfahren die Besucherinnen und Besucher an diesem Tag. Mit interessierten Blicken haben sie sich in der Einrichtung umgesehen, aber auch etwas befangen. Das gilt auch für die Möglichkeit zum direkten Gespräch mit Patienten, das alternativ zu den überbuchten Führungen gemacht worden ist. Schwer vorstellbar, dass von ihnen teils grausame Taten verübt worden sind. Tilmann Hollweg hat dieses Spannungsfeld schon in seiner Begrüßung angesprochen und von der wohl häufigsten, an ihn herangetragenen Besucher-Erkenntnis berichtet: „Das sind ja Menschen und keine Monster.“

IKG-Klimapolitikexperte ist neuer Sprecher der Klima-Allianz

Sven Rudolph, promovierter Klimapolitikexperte am Institut für Kirche und Gesellschaft (IKG) der Evangelischen Kirche von Westfalen (EKvW), wurde von den Vertreterinnen und Vertretern der Mitgliedsorganisationen einstimmig in den Sprecherrat der Klima-Allianz Deutschland gewählt. Er folgt damit seinem Vorgänger, Pfarrer Klaus Breyer, der bis Anfang 2024 das IKG geleitet und die Klima-Allianz mitbegründet hat.

In seiner Bewerbungsrede auf dem Mitgliederplenum wies Rudolph darauf hin, dass in diesen politisch schwierigen Zeiten drei Dinge besonders wichtig seien: „Zuversicht, dass wir gemeinsam immer noch eine bessere Welt gestalten können; Zähigkeit, dass wir weiterhin die notwendigen, wenn auch manchmal unbequemen klima- und sozialpolitischen Ziele und Maßnahmen einfordern; und Zusammenhalt, dass wir in unserem breiten Bündnis ökologische und soziale Ziele gemeinsam verfolgen, um so auch den zunehmenden Spaltungstendenzen in der Gesellschaft entgegenzuwirken.“ Hierfür blieben, so Rudolph, „die Kirchen mit

ihrer breiten gesellschaftlichen Basis, ihrem Auftrag zur Schöpfungsbewahrung und ihrem Gebot der Nächstenliebe starke und verlässliche Partnerinnen“.

Die Klima-Allianz ist ein Zusammenschluss von über 150 Umwelt- und Sozialverbänden, Kirchen, Gewerkschaften und Entwicklungsorganisationen. Sie setzt sich in einem starken und immer größer werdenden Bündnis für eine sozial gerechte Transformation ein, organisiert Veranstaltungen, bildet Netzwerke und vertritt ihre Positionen gegenüber Politik und Verwaltung, national und international. Der Sprecherrat ist das zentrale Steuerungsorgan der Klima-Allianz. Die Sprecherinnen und Sprecher werden jeweils für drei Jahre

gewählt, repräsentieren die gesamte Breite der Mitgliedsorganisationen und übernehmen die inhaltliche Steuerung der politischen Arbeit. IKG



Christiane Averbeck, Geschäftsführende Vorständin der Klima-Allianz Deutschland, mit Sven Rudolph.

Es geht um Schutz in jeglicher Hinsicht

Wie groß ist die Gefahr, die von Menschen hinter den hohen Zäunen einer forensischen Klinik ausgeht, fragt Richter Talarowski. In einer forensischen Klinik jedenfalls würden die Krankheiten behandelt. Um Betreuung geht es, um Behandlung, um Ausbildung und die Vorbereitung auf ein Leben außerhalb der Einrichtung, und immer wieder um Schutz: zum Teil um den Schutz der Patientinnen und Patienten vor sich selbst, um die Sicherheit der Betreuenden, um das Schutzbedürfnis der Allgemeinheit.

Vor allem bei der Führung über das Einrichtungsgelände wird das spürbar. Eine starke Zuwendung wird deutlich hin zu Menschen, für die Krankheit und straffälliges Verhalten eine Verbindung eingegangen sind und deren Risiko für andere Menschen nun gemindert werden soll. Meist sind es Psychosen, die die Patienten mitbringen, vielfach auch Persönlichkeitsstörungen. Auf Medikamente sprechen sie an oder auf Gesprächstherapien, mitunter aber bleiben sie auch eine Gefahr für sich selbst und für andere. Und nicht jeder strebt danach, schnell aus dieser geschützten Umgebung herauszukommen.

Die Beiträge auf dieser Seite kommen vom Institut für Kirche und Gesellschaft (IKG) der Evangelischen Kirche von Westfalen.